Erstellt am: 15.05.2023
[redacted]

Protokoll des „Treffens der Begleit-AG Neukonzeptionierung Straßensozialarbeit“

am 11.05.2023 von 15:30 bis 17:30 Uhr via Zoom

Hierbei handelt es sich um die Online-Version des Protokolls zur Veröffentlichung (Namen durch Organisation ersetzt).

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

[redacted] LAG Straso
GISS e.V.
GISS e.V.
Bezirksamt Wandsbek
Sozialbehörde, Amt für Arbeit und Integration
GISS e.V.
Caritasverband Hamburg
Sozialbehörde, Amt für Soziales
Sozialbehörde, Amt für Soziales
Sozialbehörde, Amt für Soziales
Sozialbehörde, Amt für Familie
Bezirksamt Wandsbek
Diakonisches Werk Hamburg
LAG Straso
Sozialbehörde, Amt für Soziales
Sozialbehörde, Amt für Soziales
Jugendhilfe e.V.
Sozialbehörde, Amt für Soziales

Tagesordnung

1. Vorstellung der Ergebnisse der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung (GISS) zu den Projektmodulen 1 und 2
2. Fragerunde
3. Weiteres Vorgehen

Gesprächsinhalt

Die GISS referierte eingehend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) den Auftrag zur Bestandsaufnahme der Straßensozialarbeit in Hamburg und zum wissenschaftlichen Recherchebeitrag über die Angebotsstruktur in vergleichbaren deutschen Großstädten und dem Ausland.

Im Anschluss an die ausführliche Darstellung des Forschungsdesigns, der aktuellen Stellenverteilung in Hamburg und ihrer bezirklichen Aufteilung und Schwerpunktsetzung resümierten die Vertreter:innen der GISS, dass es in der Hansestadt zwar ein funktionierendes System auf informeller Ebene gebe, jedoch von keiner institutionalisierten Fallsteuerung gesprochen werden könne. Die Straßensozialarbeitsdienste seien untereinander gut vernetzt, die Kommunikation und der Austausch zu den Fachbehörden, Jobcentern und den bezirklichen Stellen sei jedoch ausbaufähig. Bezüglich der unterschiedlichen Zielgruppen wiesen sie insbesondere auf den schwer erreichbaren und unterversorgten Personenkreis der psychisch erkrankten Obdachlosen sowie auf die schwierige Lösungsfindung bei EU-Bürger:innen ohne Leistungsansprüchen hin. Bezüglich des Verhältnisses zwischen Straßensozialarbeit und den Sicherheits- und Ordnungsbehörden seien große Unterschiede

zwischen den Trägern festzustellen, die von vorrangiger Parteilichkeit für die Zielgruppe bis zu eher vermittelnden Positionen reichen würden. Mit Blick auf die zum Vergleich herangezogenen Großstädte Berlin, Köln und Leipzig stellten die GISS-Vertreter:innen fest, dass Leipzig zwar mit deutlich mehr Vollzeitäquivalenten (VZÄ) Straßensozialarbeit leiste, hier aber spezialisierte Angebote für einzelne Zielgruppen fehlen würden.

Die Vertreter:innen der Hilfelandschaft beanstandeten die Darstellung im Bericht der GISS, wonach die Einzelfallhilfe in Hamburg häufig eher lebenslagenstabilisierend und nicht lebenslagenverändernd sei. Dies sei nicht der Straßensozialarbeit inhärent, sondern den angespannten Ressourcenbedingungen geschuldet. Dass es nicht gelänge, in Wohnraum oder die öffentlich-rechtliche Unterbringung zu vermitteln, sei in dem mangelhaften Angebot von verfügbarem Wohnraum als auch der schlechten Akzeptanz von Notunterkünften wie dem PikAs begründet. Der häufig langfristige Betreuungskontakt erkläre sich zudem durch fehlende Anschlussversorgung im eigenen Wohnraum oder der öffentlich-rechtlichen Unterbringung. Grundsätzlich arbeiteten die Träger lebenslagenverändernd, in der Suchthilfe beispielsweise ausstiegsorientiert.

Die Vertreter:innen des Bezirksamtes Wandsbek unterstützten den Hinweis, dass Straßensozialarbeit nur dann lebenslagenverändernd sein könne, wenn Anschlussangebote bestünden. Besonders für Care Leaver und verdeckt Wohnungslose sei dies mitunter schwierig. Jugendliche in Angebote der Jugendhilfe zu vermitteln funktioniere gut, stoße jedoch oft auch auf Grenzen, wenn es um die Unterbringung gehe.

Die Vertreter:innen der GISS wiesen auf die Divergenz in den Interviews hin, worin die Träger einerseits auf die großen Vermittlungsschwierigkeiten in weiterführende Hilfen hingewiesen hätten, andererseits aber für sich eine lebenslagenverändernde Arbeit beanspruchen würden. Die von der GISS aufgeführten Beispiele aus dem Ausland würden in diesem Zusammenhang in der Tat aufzeigen, dass eine lebenslagenverändernde Straßensozialarbeit nur gelänge, wenn Weitervermittlungen möglich seien und die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung stehe. Die Feststellung, dass die Hamburger Straßensozialarbeit lebenslagenstabilisierend sei, stelle daher keinen Vorwurf an die Dienste dar, sondern sei als Darstellung der aktuellen Wirkungsweise zu begreifen.

Der Vertreter des Diakonischen Werkes hielt die von der GISS genannte kooperative Fallsteuerung und die in anderen Städten etablierten Clearingverfahren für interessante Ansätze, die auch im Hamburger Kontext zu diskutieren seien. Er betonte zudem, dass die tatsächliche Erfolgsmessung und Wirkungskontrolle auf Seiten der Träger mehr umfasse als die in der wissenschaftlichen Erhebung genannten jährlichen Trägerstatistiken.

Die Vertreter:innen der LAG Straso bemängelten, dass sich die Darstellung der finanziellen Ausstattung der Hamburger Straßensozialarbeit lediglich auf den Umfang der VZÄ-Stellen beziehe. Sachmittel, die in großem Umfang spendenfinanziert seien, fehlten in der Betrachtung. Die Vertreter:innen der GISS wiesen darauf hin, dass eine Darstellung der Spendenmittel nicht möglich sei.

Der Vertreter des Diakonischen Werkes betonte den Mehrwert der Straßensozialarbeit für die Sozialen Beratungsstellen, die dadurch eine wichtige Leerstelle in ihrer Arbeit geschlossen hätten.

Die Vertreter:innen der GISS bekräftigten, dass eine Anbindung der Straßensozialarbeit an Beratungseinrichtungen insgesamt nutze, dann aber die Sicherstellung der Niedrigschwelligkeit auch in der Beratung erfordere. Sie wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Straßensozialarbeit auch dann erfolgreich sein könne, wenn - wie in Leipzig und Köln - eine klare Aufgabentrennung erfolge und die Straso-Dienste sich vollständig auf

die Straßensozialarbeit konzentrieren würden und keine Mitarbeit in den Beratungsstellen erfolge.

Die Vertreter:innen der LAG Straso wiesen darauf hin, dass die Kooperation mit den Fachstellen sehr unterschiedlich sei. Im Bezirk Mitte, welcher für alle Menschen ohne festen Wohnsitz zuständig sei, gäbe es eine starke Mitarbeiterfluktuation und es sei teilweise sehr hochschwellig, Menschen alleine zur Fachstelle zu schicken.

Die Vertreter:innen der LAG Straso sowie der Caritas hielten die Beschreibung der Standards im Bericht der GISS des Weiteren für ergänzungsfähig. Die LAG Straso orientiere sich an den von der BAG Straßensozialarbeit entwickelten Grundsätzen und handele nicht wahllos. Im Bericht sei ferner zu kurz gekommen, welche Stellschrauben außerhalb der Straßensozialarbeit ihren Handlungsspielraum beschränken würden, wie die schwierige Vermittlung in 67er-Hilfen oder das begrenzte Platzangebot von Einzelzimmern.

Den Vertreter:innen der LAG Straso erschien es angesichts der großen Überschneidungen bei den Zielgruppen (Sucht, psychische Erkrankungen, bestimmtes Zielgruppenalter, etc.) problematisch, die VZÄ bestimmten Adressat:innen zuzuordnen, da dies die genaue Versorgungslage zumindest nicht treffsicher darstelle. Insbesondere Menschen aus Drittstaaten würden auf der Straße zudem auch versorgt werden, seien in der Übersicht der GISS jedoch nicht als eigene Zielgruppe der Straßensozialarbeit erfasst.

Die Vertreter:innen der GISS schlossen sich der Einschätzung einer durch zahlreiche Überschneidungen gekennzeichneten Zielgruppe an. In ihrer wissenschaftlichen Untersuchung habe die GISS daher auch begutachtet, inwiefern Empfehlungen für die gesamte Zielgruppe der Straßensozialarbeit gemacht werden könnten und ob sämtliche Adressat:innen und zielgruppenspezifische Angebote in eine Neukonzeptionierung eingebunden werden sollte. Hier sei die GISS zu der Einschätzung gelangt, dass die Jugendhilfe aufgrund ihres spezialisierten Auftrages gegebenenfalls nur am Rande in eine Neukonzeptionierung einbezogen werden und sich das Konzept in erster Linie auf erwachsene Obdachlose fokussieren sollte. Im Rahmen der Neukonzeptionierung sei grundsätzlich mitzudenken, wann das Repertoire der Straßensozialarbeit ausgeschöpft sei und auch die Handlungsfähigkeit der Stadt Hamburg an Grenzen stoße, wie beim Umgang mit nicht leistungsberechtigten EU-Bürger:innen.

Mit Blick auf die ebenfalls zahlreichen Problematiken von Jugendlichen auf der Straße, wie z.B. Sexarbeit und Drogenkonsum, sprachen sich die Vertreter:innen des Bezirksamtes Wandsbek dafür aus, die Straßensozialarbeit für Jugendliche mit den anderen Diensten eng zu vernetzen und aus einer Neukonzeptionierung zumindest nicht vollständig auszuklammern.

Die Vertreter:innen der LAG Straso erkundigten sich, inwiefern die GISS eine Vorstellung ihrer Forschungsergebnisse auch vor Vertreter:innen der Städte aus dem Städtevergleich plane. Die Vertreter:innen der GISS erläuterten, dass eine Evaluation oder Rückkopplung systematisch nicht verabredet seien, die Gesprächspartner:innen aus Köln, Leipzig und Berlin jedoch großes Interesse am Erhalt der Berichtes bekundet hätten.

Die Vertreterin des Jugendhilfe e.V. sprach sich dafür aus, vor einer Neukonzeptionierung die Über- und Unterversorgung in den Stadtteilen nochmal intensiv zu betrachten und sich die Aufenthaltsorte genauer anzuschauen.

Die Vertreter:innen des Bezirksamtes Wandsbek unterstrichen den grundsätzlichen Verbesserungsbedarf abgestimmter Verfahrenswege und die Notwendigkeit direkter Ansprechpersonen. Sie vertraten die These, dass unterschiedliche Zielsetzungen im Umgang mit der Zielgruppe bestünden und finanzielle Aspekte für die staatlichen Stellen existieren, so dass manche Hürden in der Leistungsgewährung mitunter auch gewollt zu sein scheinen.

Der Vertreter des Diakonischen Werkes sprach sich für verbindliche Abstimmungen und Verfahren aus. Verbindliche Kooperationen seien unter anderem mit den sozialpsychiatrischen Diensten dringend notwendig, da die psychiatrische Versorgung ein großes Problem darstelle.

Die Vertreter:innen der Sozialbehörde wiesen in diesem Zusammenhang auf die bereits laufenden Projekte in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung sowie in der Obdachlosenhilfe hin. In Kooperation mit dem Amt G würden hier aktuell eine Unterkunft für psychisch erkrankte Menschen aufgebaut und an Lösungen für eine aufsuchende Sozialarbeit mit psychiatrischer Begleitung gearbeitet. Dabei werde auch einer der Schwerpunkte sein, wie das Regelsystem hier mehr in die Pflicht genommen werden könne.

Die Vertreter:innen der LAG Straso kündigten an, dass die LAG Straso noch eine Stellungnahme zu der Bestandsaufnahme veröffentlichen werde.

Die Vertreter:innen der GISS boten an, Anregungen aus dem Kreis der Begleit-AG vor Finalisierung des Berichtes noch aufnehmen zu können.

Die Vertreter:innen der Sozialbehörde betonten, dass es nicht primär um die Abfassung eines redaktionell aufwändig bearbeiteten und gemeinsam in allen Facetten von der Begleit-AG getragenen Berichtes über die Hamburger Straßensozialarbeit ginge, sondern der Bericht den wissenschaftlichen Aufschlag zur Verabredung konkreter Verbesserungsvorschläge darstelle. Dies soll nun im Fokus stehen.

<u>Weiteres Vorgehen</u>
Die GISS wird die im Rahmen der Sitzung aufgeworfenen Fragestellungen ergänzen bzw. konkretisieren. Die Teilnehmenden der Begleit-AG sind aufgefordert, ihre Fragestellungen und Anregungen, soweit sie in der Sitzung nicht ausreichend zur Sprache kommen oder geklärt werden konnten, direkt mit entsprechenden Zulieferungen an die GISS zu liefern. Zur kommenden Sitzung der Begleit-AG wird ein insoweit finalisierter Bericht erstellt.

Die von der GISS entwickelten Vorschläge zur Neukonzeptionierung (Modul 3) werden in dem nächsten Termin der Begleit-AG besprochen. Dafür wird die GISS eine Präsentation vorbereiten, die der Begleit-AG erneut vorab zur Verfügung gestellt wird. Die GISS wird in diesem Rahmen auch Vorschläge unterbreiten, wie ein solches Konzept im Folgenden bis hin zu einem Umsetzungsmodell abgestimmt werden kann. Auch hier rufen die Vertreter:innen der Sozialbehörde die Teilnehmenden der Begleit-AG dazu auf, ihre dahingehende Überlegungen vorab an die GISS und in diesem Fall parallel auch an die Sozialbehörde zu übersenden.

Die Teilnehmer:innen der Begleit-AG sprechen sich für einen Präsenztermin aus. Die Terminabfrage erfolgt via Doodle.

SI 313